

# Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte

**Presse-Info vom 21.02.2008**

**der Fraktionen von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und der LINKEN**

## **Parkraumbewirtschaftung ausweiten Anwohner/innen-Rechte stärken**

Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90 / Grünen und der LINKEN unterstützen die Einführung der Parkraumbewirtschaftung zum 1. April 2008 durch das Bezirksamt. Der Entscheidung des Bezirksamts liegt ein Beschluss der BVV zugrunde, der vor einem Jahr mit einer 2/3-Mehrheit getroffen wurde. Es ist daher richtig, den Vollzug dieses Beschlusses erst auszusetzen, wenn das Zustandekommen des Bürgerbegehrens festgestellt wurde. Dies ist kein undemokratisches Verfahren – wie CDU, FDP und die Initiatoren des Bürgerbegehrens behaupten. Sondern das vom Gesetzgeber festgelegte Verfahren, um Interessen von Bürgerbegehren und Entscheidungen des Kommunalparlamentes zugunsten der BürgerInnen abzuwägen.

Gleichwohl unterstützen wir die Bestrebungen auf Landesebene, Anwohnervergütungen den realen Verwaltungskosten anzupassen und Gästeregulierung innerhalb der Parkraumbewirtschaftung einfacher und kostengünstiger zu gestalten. Wir betonen aber auch, dass die Parkraumbewirtschaftung keine „Abzocke“ ist. Sie ist ein wirksamer Beitrag für eine anwohner- und gewerbefreundliche Nutzung öffentlicher Stellplätze, weniger Lärm und Abgase im Wohngebiet und eine wichtiger Impuls für eine stärkere Nutzung des ÖPNV von Berufspendlern und Besuchern der Innenstadt. Die positiven Erfahrungen in der Spandauer Vorstadt zeigen, dass die Parkraumbewirtschaftung den motorisierten Individualverkehr nicht nur in den Gebieten selbst, sondern deutlich darüber hinaus reduziert. Davon profitieren Anwohner und Umwelt gleichermaßen.

Mit Enttäuschung nehmen wir zur Kenntnis, dass die Initiatoren des Bürgerbegehrens sich jeder Diskussion über die Optimierung der Parkplatzsituation in Mitte verweigerten. Statt konstruktiv über eine Verbesserung der Verkehrssituation in Mitte zu diskutieren, beharren sie auf einer grundsätzlichen Ablehnung jedweder Bewirtschaftung von öffentlichen Stellplätzen. Das ist politisch legitim, den Menschen vor Ort ist damit nicht geholfen

Die verkehrspolitischen Sprecher der Fraktionen

für die **SPD** Thomas Koch,

für **Bündnis 90 / Die Grünen** Stephan von Dassel  
Tel. 01 79 – 1 08 68 22 – Mail: Von.Dassel@gruene-fraktion-berlin.de

für die **LINKE** Sven Diedrich